

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einleitung Problemaufriss, Ziele, Methodik, Gang der Untersuchung	1
1. Teil Begriffsklärungen/Dogmatische Hintergründe	5
<i>A. Terminologische Unschärfen in der Praxis</i>	5
<i>B. Terminologie im Informationsfreiheits-, Verwaltungsverfahren- und Insolvenzrecht</i> ..	5
I. Informationszugang	6
II. Akteneinsicht	6
III. Sonderfall Klartext-Kontoauszüge?/Der Begriff der Akte	8
IV. Auskunft	10
<i>C. Gruppen von Informationszugangsrechten</i>	11
I. Öffentlich-rechtliche Informationszugangsrechte	12
1. Klassische Rechte auf Auskunft und Akteneinsicht	12
2. Rechtsstaatlich radizierte, spezialgesetzlich normierte Informationszugangsrechte (außerhalb konkreter Verwaltungsverfahren)	12
3. Ungeschriebene rechtsstaatlich radizierte verfahrensakzessorische Informationszugangsrechte	13
4. Neue, demokratisch radizierte Informationszugangsrechte	14
II. Zivilrechtliche Auskunftsrechte (insbesondere Akteneinsichtsrechte gegenüber Behörden)	15
<i>D. Zwischenergebnis</i>	16
<i>E. Die verfahrensrechtliche Stellung des Insolvenzverwalters im Besteuerungs- und Insolvenzverfahren</i>	17
I. Die Stellung des Insolvenzverwalters im Insolvenzverfahren hinsichtlich des Informationszugangs (zur Prüfung von Anfechtungsansprüchen)	17
1. Insolvenzzrechtliche Rechte und Pflichten zur Vorbereitung einer Insolvenzanfechtung und zur Prüfung angemeldeter Forderungen	17
2. Haftungsregeln und materiell-rechtliche Anspruchsgrundlagen als Verhaltensleitlinien	18
II. Die Stellung des Insolvenzverwalters im Besteuerungsverfahren hinsichtlich des Informationszugangs	19
1. Exkurs: Die Diskussion über die »Rechtsstellung« des Insolvenzverwalters	19
2. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf das Besteuerungsverfahren	21
3. Eingreifen des § 30 AO gegenüber dem Insolvenzverwalter?	22
III. Praktische Friktionen aufgrund der Gleichzeitigkeit von Insolvenz- und Besteuerungsverfahren?	23

2. Teil Materieell-rechtliche Ansprüche auf Informationszugang des Insolvenzverwalters gegenüber der Steuerverwaltung	25
A. Anspruch aus der Abgabenordnung (AO)?	25
I. Argumente für §§ 91, 364 AO als Anspruchsgrundlagen	25
II. Durchgreifende Argumente gegen ein Akteneinsichtsrecht/Informationszugangsrecht gem. §§ 91, 364 AO	26
1. Gegensatz zwischen VwVfG und SGB X einerseits und der AO andererseits hinsichtlich einer Normierung des Akteneinsichtsrechts	27
2. Wille des Gesetzgebers: Ausdrückliche Ablehnung eines Akteneinsichtsrechts für Beteiligte im Gesetzgebungsverfahren zur AO; Keine analoge Anwendung von § 29 VwVfG	27
B. Lückenfüllung durch Rückgriff auf einen ungeschriebenen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung der Finanzverwaltung über den Antrag?	28
I. Begründung einer Schutzlücke/Bedürfnis für ein Informationszugangsrecht?	28
II. Reaktionen auf die erkannte Schutzlücke	30
1. Reaktion des BFH und der herrschenden Meinung in der Literatur: Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über das Akteneinsichtsgesuch	30
2. Kritik an einem Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	31
a) Fehlen einer Ermessen einräumenden Norm sowohl in AO als auch im Grundgesetz	32
b) Unklarer Ermessensrahmen	33
c) Einfluss der sog. IZA-Entscheidung des BVerfG zu einem (gebundenen) Anspruch	33
3. Reaktionen der Finanzverwaltung	35
a) Seit 02.01.2009: Unklare Aussagen im AEAO Nr. 4 zu § 91 zu einem allgemeinen Auskunftsrecht eines Beteiligten sowie fehlendes berechtigtes Interesse an Akteneinsicht zur Vorbereitung von Insolvenzanfechtungen	35
b) BMF vom 31.01.2013: Auskünfte gegenüber Insolvenzverwaltern	36
4. Zwischenergebnis	37
C. § 78 FGO als hergebrachte Anspruchsgrundlage aus der Beteiligteigenschaft	37
D. Anspruch aus InsO i.V.m. § 242 BGB als Annexrecht einer Insolvenzanfechtung	38
E. Informationsfreiheitsgesetze (des Bundes und der Länder)	40
I. Entwicklung, Zielrichtung und Systematik des Informationsverwaltungsrechts, speziell der Landes-Informationsfreiheitsgesetze	41
1. Historischer Aufriss	41
2. Wesenskern der Informationsfreiheitsgesetze: voraussetzungsloser Informations- zugang	42
3. Ziele der Landes-Informationsfreiheitsgesetze	42
4. Gemeinsame Strukturmerkmale der Landes-Informationsfreiheitsgesetze	44
II. (Prozessuale) Tatbestandsvoraussetzungen der Landes-Informationsfreiheitsgesetze	45
1. Anspruchsberechtigte nach Landes-Informationsfreiheitsgesetz	45
2. Anwendungsbereich/Verpflichtete	45
III. Anwendbarkeit der Landes-Informationsfreiheitsgesetze/Das Verhältnis der Informationsfreiheitsgesetze zu anderen Regelungsmaterien (»1. Stufe«)	46
1. Verhältnis der Landes-Informationsfreiheitsgesetze zur AO	46
a) Landesgesetzliche Subsidiaritätsklauseln in Informationsfreiheitsgesetzen nicht eindeutig	47

b)	Subsidiarität der Informationsfreiheitsgesetze nur gegenüber anderen Gesetzen, nicht gegenüber untergesetzlichen Regeln	48
c)	Subsidiarität der Landes-Informationsfreiheitsgesetze gegenüber einer bereichsspezifischen Zugangsregelung in der AO?	48
(1)	Anhaltspunkte aus der Rückausnahme bezüglich §§ 29 VwVfG, 25 SGB X	49
(2)	Systematische Trennung zwischen Anwendbarkeit (»1. Stufe«) und Bereichsausnahmen und Ausschlussregeln (»2. Stufe«) in den Informationsfreiheitsgesetzen	50
(3)	Subsidiarität aufgrund des absichtsvollen Regelungsverzichts hinsichtlich eines Akteneinsichtsrechts in der AO?	51
i.	Technische Spezialität der AO/Reichweite des Regelungsverzichts in der AO?	52
ii.	Exkurs: Anwendbarkeit der Informationsfreiheitsgesetze nur außerhalb laufender Verfahren?	54
iii.	Gewollter Ausschluss der Informationsfreiheitsgesetze durch die damalige Nichtregelung in der AO?	55
iv.	Anwendungsausschluss durch das teleologische Argument einer »Ergebnisgleichheit«?	59
(4)	Subsidiarität aufgrund von § 30 AO?	60
d)	Unanwendbarkeit der Landes-Informationsfreiheitsgesetze aufgrund höherrangigen Rechts?	61
2.	Verhältnis der Informationsfreiheitsgesetze zu Datenschutzgesetzen	63
3.	Verhältnis der Informationsfreiheitsgesetze zu zivil- und insolvenzrechtlichen Auskunftsansprüchen	65
a)	Zivilrechtliche Generalklauseln	65
(1)	§ 242 BGB, Auskunft aufgrund von Treu und Glauben	65
(2)	§§ 421–425, 432 ZPO	66
b)	Insolvenzrechtliche Auskunftsansprüche (§§ 20, 22 Abs. 3 S. 3 bzw. 97, 101 InsO)	66
4.	Zwischenfazit zum Verhältnis der Informationsfreiheitsgesetze zu 3 anderen Gesetzen	67
IV.	Ausschluss- und Beschränkungstatbestände (»2. Stufe«)	67
1.	Ausschluss durch Landesregelungen in Entsprechung zu § 3 Nr. 1 lit. d IFG Bund (»Kontrollaufgaben der Finanzbehörden«)?	67
2.	Ausschluss durch Landesregelungen in Entsprechung zu § 3 Nr. 1 lit. e IFG Bund (»externe Finanzkontrolle«)?	68
3.	Ausschluss der finanzbehördlichen Tätigkeit im Steuerverfahren aus dem Anwendungsbereich der Informationsfreiheitsgesetze?	69
a)	Gesetzesmaterialien zur Bereichsausnahme für das »Verfahren in Steuersachen«	69
b)	Hamburger Besonderheit: Einsicht in Hamburger Vollstreckungsakten entgegen § 5 Nr. 4 HmbTG?	70
4.	Ausschluss durch Landesregelungen in Entsprechung zu § 3 Nr. 1 lit. g IFG Bund (»Schutz laufender Gerichtsverfahren«)?	73
5.	Analoge Anwendung der § 3 Nr. 1 lit. g IFG Bund entsprechenden Landesregelungen auf »Ausforschungsbegehren«?	73
6.	Ausschluss durch Landesregelungen in Entsprechung zu § 3 Nr. 4 IFG Bund i.V.m. § 30 AO (»besonderes Amtsgeheimnis«)?	74
a)	Fälle ohne Drittbezug	74

(1) Offenbarungsbefugnis nach § 30 Abs. 4 Nr. 1 AO (Offenbarung dienlich zur Durchführung eines Verwaltungsverfahrens in Steuersachen)?	74
(2) Offenbarungsbefugnis gem. § 30 Abs. 4 Nr. 3 AO (Zustimmung des Betroffenen)	75
b) Fälle mit Drittbezug	76
7. Landesregelungen in Entsprechung zu § 3 Nr. 6 IFG Bund/Fiskalische Interessen des Landes im Wirtschaftsverkehr/Systematische Überschneidung mit § 6 IFG Bund (Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen)	77
8. § 9 Abs. 3 IFG Bund (»Informationen bereits vorhanden oder zumutbar zu beschaffen«)	78
9. Ungeschriebener Ausschlussgrund »Zweckwidrige Verwendung der Information zur Insolvenzanfechtung«?	78
a) Störgefühl wegen Umgehung zivilprozessualer Grundsätze durch das Landes-Informationsfreiheitsgesetz	78
b) Verwaltungskontrolle durch Ausforschung von Anfechtungsmöglichkeiten?	79
(1) Ausgleich durch Informationsfreiheitsgesetze für den Vorteil der Selbstexekution?	80
(2) Anfechtbare Vermögensverschiebungen als aufzudeckender rechtswidriger Zustand?	81
c) Prozessuale Auswirkungen durch materiell-rechtliche Auskunftsansprüche?	82
10. Zwischenfazit	84
V. Allgemeine und besondere Grenzen des IFG-Anspruchs bezüglich Steuerakten	84
F. Landesdatenschutzgesetze?	86
G. Begründungsansätze eines umfassenden und flächendeckenden Informationszugangsrechts	89
I. Grundgesetz (Rechtsstaatsprinzip i.V.m. Art. 19 Abs. 4 GG [sowie dem Grundrecht der Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG])?	89
II. Rückgriff auf europarechtliche Vorgaben?	91
III. Ansicht Grundmann: § 78 FGO analog (»Vorwirkung«)	92
H. Zwischenergebnis zum materiell-rechtlichen Teil	93
3. Teil Prozessuale Durchsetzung	95
A. Eröffneter Rechtsweg für Auskunftsklagen des Insolvenzverwalters gegen das Finanzamt	95
I. Abgrenzungsnormen zwischen den verschiedenen Gerichtszweigen	96
II. Die Streitgegenstandsproblematik	96
1. Grundlagen des Streitgegenstandsbegriffs	97
2. Singularität oder Pluralität von Streitgegenständen?	98
III. Zivilrechtsweg	102
1. Zivilrechtsweg für Klage auf Auskunft jedenfalls eröffnet bei feststehendem Anfechtungsanspruch	103
2. Zivilrechtsweg für Klage auf Auskunft eröffnet bei nicht feststehendem Anfechtungsanspruch?	104
IV. Finanz- und/oder Verwaltungsrechtsweg eröffnet?	106
1. Länder ohne Informationsfreiheitsgesetz	106
2. Länder mit Informationsfreiheitsgesetz	107
a) Variante 1: Allgemeines Auskunfts-/Akteneinsichtsbegehren ohne nähere Konkretisierung des Anliegens	108
b) Variante 2: Beschränkung auf Landes-IFG-Anspruch	109

(1) Klärung in der Praxis durch das Verfahren vor dem GmS-OGB	109
(2) Nur teilweise ausdrückliche (deklaratorische?) Rechtswegzuweisungen in Landes-Informationsfreiheitsgesetzen	109
(3) Verwaltungsrechtsweg gem. § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO oder Finanzrechtsweg gem. § 33 Abs. 1 Nr. 1 FGO?	110
(4) Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs auch in Bundesländern mit Bereichsausnahme für die Steuerverwaltung im Landes- Informationsfreiheitsgesetz?	115
V. Zwischenergebnis	116
<i>B. Statthafte Klageart für Informationsbegehren</i>	116
I. Statthafte Klageart bei ablehnender behördlicher Entscheidung	116
II. Vorgehen im Fall behördlicher Untätigkeit	118
<i>C. Prozessuale Nebenfragen</i>	119
I. Kostenfragen	119
II. Einfluss des § 44a S. 1 VwGO	120
III. Separates »in camera«-Verfahren gem. § 99 Abs. 2 VwGO erforderlich?	121
<i>D. Instanzenzug (funktionelle Zuständigkeit)</i>	123
I. Ansprüche aus dem Besteuerungsverfahren	123
II. Landesrechtliche IFG-Ansprüche	123
4. Teil Rechtspraktische Konsequenzen des Status quo für die Finanzverwaltung	125
<i>A. Präzisierung des Antrags einfordern</i>	125
<i>B. Rechtsbehelfsbelehrungen anpassen</i>	125
I. Rechtsbehelfsbelehrungen im Verfahren nach Informationsfreiheitsgesetz	126
II. Rechtsbehelfsbelehrungen hinsichtlich verfahrensakzessorischer Akteneinsichts- und Auskunftsansprüche	127
<i>C. Rechtstatsächliche Befunde und Vorschläge für organisatorische Vorkehrungen in elektronischer und herkömmlicher Aktenführung</i>	127
5. Teil Verfassungsrechtliche Schlussbetrachtungen sowie Perspektiven des Informationszugangs gegenüber den Finanzbehörden	129
<i>A. Reformbedarf aufgrund verfassungsrechtlicher Wertungen?</i>	129
I. Kompetenzverteilung im Bundesstaat	130
1. Gesetzgebungskompetenz im Bundesstaat (Art. 30, 70 Abs. 1 GG)	130
2. Finanzverwaltungskompetenz im Bundesstaat (Art. 108 Abs. 2 und 3 GG)	130
II. Grundrechtliche Aspekte	131
1. Grundrecht der Informationsfreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG?	131
2. Grundrecht der Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG	132
3. Gleichheitsgrundrecht, Art. 3 Abs. 1 GG	133
4. Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)	134
III. Zwischenergebnis	134
<i>B. Rechtspolitischer Ausblick</i>	135
I. Rechtspolitische Forderungen	135
II. Aktuelle Reformtendenzen	137
1. Grundgesetz	137

Inhalt

2. Landes-Informationsfreiheitsgesetze	137
3. Insolvenzordnung	139
6. Teil Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	141
Abkürzungen	145
Literatur	147
Sachregister	165